Berner EVP

3/2025 September

Partie en français: pages 11/12

www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

Informationen der Evangelischen Volkspartei des Kantons Bern

GEMEINDEWAHLEN IM HERBST 2025

Neue und bekannte Gesichter

Die EVP tritt im Herbst in zahlreichen Gemeinden an, um Sitze und Wählendenanteile zu verteidigen und um neue Sitze zu gewinnen.

Am **28. SEPTEMBER** will die EVP in **Herzogenbuchsee** ihren Sitz in der Exekutive erhalten und diverse Kommissions-Mandate besetzen. Für den Gemeinderat treten **Hans Schneider, Maria Rothenbühler** und **Christian Bracher** an.

In **Konolfingen** setzt sich die EVP mit fünf Kandidierenden für die Wiederwahl ihres engagierten Gemeinderats **Bruno Maurer** ein.

In **Thunstetten-Bützberg** tritt EVP-Gemeinderat **Michael Zürcher** zur Wiederwahl an.

Mit den Bisherigen **Maura Schnegg, Philipp Lutz** und **Christine Schnegg** will die EVP in **Lyss** ihre GGR-Sitze sichern und strebt mit **Christine Schnegg** den Einzug in die Exekutive an.

In **Nidau** verteidigen **Marlene Oehme** und **Eliane Geiser** ihre Sitze im Stadtrat. Zudem will die EVP den 2022 verloren gegangenen Sitz im Gemeinderat mit **Philippe Messerli** zurückerobern.

Am besten helfen Sie uns, wenn Sie pro Wahl eine EVP-Liste unverändert einlegen.

In **Oberdiessbach** treten acht Personen an, um die EVP-Sitze von **Priscilla Furrer** (Foto Seite 2) und **Jürg Zurbrügg** in der Exekutive sowie die jetzigen Mandate in den Kommissionen zu verteidigen.

Im Gemeindeparlament von **Köniz** will die EVP die Sitze von **Katja Streiff** und **Matthias Müller** verteidigen und den dritten Sitz zurückgewinnen. Gleichzeitig kandidieren für die EVP vier Personen für ein Mandat in der Exekutive.

Am **26. OKTOBER** engagiert sich die EVP **Grosshöchstetten** für die Wiederwahl von **Elena Zink-Zaugg** und mit **Raymond Beutler** für die Sicherung des zweiten EVP-Gemeinderatssitzes und des Gemeindepräsidiums.

In **Fraubrunnen** strebt die EVP mit **Lukas Rentsch** auf einer gemeinsamen Liste mit der «Mitte» den erstmaligen Sitzgewinn im Gemeinderat an.

Die EVP **Langnau** will mit **André Röthlisberger, Regula Engel** und **Pascal Braun** ihre Mandate im Grossen Gemeinderat verteidigen.

Am 9. NOVEMBER tritt EVP-Kantonalpräsidentin **Barbara Stotzer-Wyss** (Foto Seite 2) in **Büren an der Aare** zur Wiederwahl als Gemeinderätin an.

Danke für Ihre Unterstützung!

Naémi Wyss, Basisarbeit EVP BE

AZB 3001 Bern
DIE POST

Von links: Hans Schneider, Maria Rothenbühler, Christian Bracher (Herzogenbuchsee); Bruno Maurer (Konolfingen); Michael Zürcher (Thunstetten-Bützberg); Maura Schnegg, Philipp Lutz, Christine Schnegg (Lyss); Marlene Oehme, Eliane Geiser (Nidau).

Von links: Philippe Messerli (Nidau); Jürg Zurbrügg (Oberdiessbach); Katja Streiff, Matthias Müller (Köniz); Elena Zink-Zaugg, Raymond Beutler (Grosshöchstetten); Lukas Rentsch (Fraubrunnen); André Röthlisberger, Regula Engel, Pascal Braun (Langnau).

EDITORIAL

«Hesch gwüsst …?»

Der Titel «Hesch gwüsst …?» wurde als Name für den Quartalsnewsletter unserer Oberstufe gewählt. Darin berichten die Schülerinnen und Schüler mehrheitlich selbst darüber, was sie beschäftigt hat und was sie erlebt haben.

Ich blicke auf eine sehr bewegte und herausfordernde Legislatur als Gemeinderätin mit dem Ressort «Bildung und Kultur» zurück – geprägt von Fachkräftemangel und daraus folgenden Konsequenzen, Veränderungen im Schulraum und -system sowie vom gesellschaftlichen Wandel.

Die Berichte in «Hesch gwüsst …?» lassen mich jeweils kurz innehalten und den Blick auf all das Gute richten, was unseren Kindern an unserer Schule begegnet – und nicht auf das, was ich als problematisch erachte. Die Beiträge ermutigen mich und machen mich dankbar.

Wenn sich negative Ereignisse häufen und man lange stark herausgefordert ist, fällt es leicht, den Mut und die Perspektive zu verlieren. Gerade in der Politik benötigt es oft «e länge Schnuuf». Umso wichtiger ist es, sich und einander immer wieder an das Positive zu erinnern, das wir haben und erleben. So können wir in den Herausforderungen weiterhin mutig bestehen, an ihnen wachsen und vergessen nicht, für welche Werte es sich lohnt, uns und unsere Finanzen einzusetzen. Auf diese Weise können wir uns gemeinsam weiterentwickeln.

Möge das Lesen dieser Zeitung für Sie zu einem Moment der Ermutigung werden und Sie mit Dankbarkeit erfüllen.

Priscilla Furrer
Gemeinderätin, Oberdiessbach

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER 2025

Für faire und bezahlbare Mieten

Am 28. September stimmt die Berner Stimmbevölkerung über die kantonale Miet-Initiative ab. Diese fordert die Einführung von transparenten Vormieten – ein wirksames Mittel gegen ungerechtfertigte Mietaufschläge. Denn: Wohnen darf kein Luxus sein.

In den letzten 20 Jahren sind die Mieten im Kanton Bern um rund 30 % gestiegen – obwohl sie mit tieferem Referenzzinssatz hätten sinken müssen. Gleichzeitig nimmt der Leerwohnungsbestand ab. Bezahlbarer Wohnraum wird zunehmend knapp. Der Bund gibt den Kantonen ausdrücklich die Möglichkeit, bei Mietverhältnissen für mehr Transparenz zu sorgen. Die Miet-Initiative will diese Chance nutzen und verlangt, dass beim Wechsel der Mieterschaft die vorherige Miete offengelegt wird. Mit transparenten Vormieten können ungerechtfertigte Mietaufschläge leichter erkannt und, wenn nötig, korrigiert werden. Das schützt nicht nur die Mietenden, sondern wirkt auch präventiv: Wenn Erhöhungen auf den ersten Blick ersichtlich und begründungspflichtig sind, sinkt die Wahrscheinlichkeit für missbräuchliche Anhebungen.

Die Offenlegung erfolgt mittels eines einfachen Formulars. So können auch gerechtfertigte Mietzinserhöhungen ausgewiesen werden – etwa, wenn eine Wohnung saniert wurde oder sich die Marktmieten im entsprechenden Quartier stark verändert haben. Transparenz ist mit minimalem Aufwand möglich.

Die Einführung wird nicht alle Herausforderungen im Zusammenhang mit steigenden Mieten lösen. Aber mit diesem einfachen Instrument kann ein wichtiger Anfang gemacht werden.

Das Beispiel von neun Kantonen zeigt: Sie haben mit bereits eingeführten entsprechenden

Barbara Stotzer-Wyss

Regelungen durchwegs positive Erfahrungen gemacht. Es ist Zeit, dass auch der Kanton Bern faire und transparente Mietverhältnisse schafft.

Barbara Stotzer-Wyss, Gemeinderätin/Grossrätin, Büren a. A.

Spendenbarometer

Stand per 4. August 2025:
CHF 88 903.–

Unser Ziel:
CHF 225 000.–

Die EVP braucht Ihre Unterstützung

Zur Finanzierung der Parteiarbeit und der kantonalen Wahlen 2026 benötigen wir in diesem Jahr insgesamt **225 000 Franken** an Spenden. Ihr Beitrag ermöglicht es der EVP, die kantonale Politik auch weiterhin aktiv mitzugestalten.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1, IBAN CH20 0900 0000 2502 8820 7

Agenda

Herbstsession Grosser Rat
1. – 11. September 2025

Ausserordentliche DV EVP Schweiz
6. September 2025 in Basel

Volksabstimmungen und Gemeindewahlen
28. September 2025

Ausserordentliche DV EVP Kanton Bern
16. Oktober 2025, 19.30 Uhr, Kapelle EGW, Nägeligasse 9, Bern

Ausserordentliche DV EVP Schweiz
29. November 2025 in Langenthal

Volksabstimmungen und Gemeindewahlen
30. November 2025

ANZEIGEN

TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

SCHWEIZERISCHE VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER

Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts

Schon 2012 forderte EVP-Nationalrätin Marianne Streiff diesen Schritt. Die jetzt vorliegende Lösung greift die damalige EVP-Forderung auf und bringt mehr Klarheit ins System der Liegenschaftssteuern.

René Müller

Wer im Eigenheim lebt, bezahlt heute mit dem Eigenmietwert Steuern auf ein Einkommen, das nie erzielt wurde. Nun soll diese systemfremde Steuer abgeschafft werden. Mit dem Systemwechsel entfallen im Gegenzug die heutigen Steuerabzüge für Schuldzinsen, Unterhalt und Renovationen. Damit wird das Steuersystem nicht nur einfacher und verständlicher, sondern auch gerechter gegenüber Mietenden, die bisher keine vergleichbaren Abzüge geltend machen konnten.

Besonders wichtig: Künftig wird niemand mehr steuerlich bestraft fürs Abbezahlen seiner Hypothek. Heute lohnt sich der Schuldenabbau oft nicht, weil damit auch die Schuldzinsabzüge sinken.

Für Kantone mit vielen Ferienwohnungen ist die Vorlage mit einer neuen, optionalen kantonalen Steuer auf Zweitliegenschaften verknüpft – so ist eine faire Kompensation der Mindereinnahmen für Regionen mit besonderer Betroffenheit gewährleistet.

Auch junge Familien können von der Vorlage profitieren. Für sie wird der Erwerb von Wohneigentum erleichtert durch einen befristeten, degressiven Schuldzinsabzug nach dem Kauf. Damit wird Wohneigentum wirksam gefördert.

Mit dem Ja zur Vorlage setzen wir ein Zeichen für ein einfacheres, transparenteres Steuersystem. Eigentum wird nicht länger bestraft, aber auch nicht einseitig begünstigt.

Die EVP Kanton Bern unterstützt diesen überlegten Systemwechsel – aus Überzeugung für Fairness, Generationengerechtigkeit und solide Staatsfinanzen.

René Müller, Grossrat, Adelboden

SCHWEIZERISCHE VOLKSABSTIMMUNG VOM 28. SEPTEMBER

Staatliche E-ID: Identitätsnachweis der Zukunft

Mit dem neuen E-ID-Gesetz erhält die Schweiz die Grundlage für eine sichere und vertrauenswürdige digitale Identität. Das Parlament hat das Volks-Nein zur Umsetzung über private Anbieter 2021 ernst genommen: Die E-ID wird vom Bund herausgegeben und betrieben – ganz ohne wirtschaftliche Interessen.

Simone Leuenberger

Die E-ID ist ein Schlüssel für die digitale Verwaltung der Zukunft. Behördengänge wie das Einholen von Strafregisterauszügen oder das Einreichen von Förderanträgen könnten künftig online, sicher und effizient erfolgen. Das spart Zeit, Kosten und vereinfacht Abläufe. Im Alltag bietet die E-ID Vorteile, etwa bei der Kontoeröffnung oder der Altersverifikation im Online-Handel.

Besonders vielversprechend ist die E-ID für unsere direkte Demokratie: Künftig wäre es möglich, Referenden und Volksinitiativen digital und verlässlich zu unterzeichnen – ein wichtiger Schritt für die Stärkung der politischen Teilhabe.

Persönliche Daten werden dezentral auf dem eigenen Gerät gespeichert. Offengelegt werden nur jene Informationen, die für einen konkreten Zweck notwendig sind – etwa die Bestätigung der Volljährigkeit – ohne dabei Name oder Geburtsdatum preiszugeben. Der Quellcode ist offen zugänglich, wird laufend aktualisiert und entspricht höchsten technischen und datenschutzrechtlichen Standards.

Zudem wird die E-ID barrierefrei zugänglich sein für Menschen mit Behinderungen.

Diese staatliche Lösung ist sicher, transparent und zukunftsfähig. Sie schafft die Voraussetzungen für eine moderne digitale Schweiz. Deshalb empfiehlt die EVP ein Ja zum E-ID-Gesetz.

Simone Leuenberger
Grossrätin, Uettligen

ANZEIGEN

Los Lorentes
Residences
loslorentes.com

prosperita
Die christlich-ethische Pensionskasse
www.prosperita.ch

PAROLEN ZUM 28. SEPT. 2025

Infos: www.evp-be.ch und www.evppev.ch/abstimmungen

Miet-Initiative	JA
Abschaffung Eigenmietwert	JA
E-ID-Gesetz	JA

AUS DEM GROSSEN RAT

«Ein kleiner Moment der Einigkeit»

Die Sommersession des Kantonsparlaments ist immer besonders, da jeweils die neuen Präsidien von Regierung und Parlament gewählt werden.

An der würdigen Feier für die neue «Höchste Bernerin» Edith Siegenthaler (SP) hatte auch der Grossratschor einen Auftritt. Seit ein paar Jahren singt dieser zu besonderen Anlässen, und das hat unsere Parteipräsidentin **Barbara Stotzer-Wyss** im «Bieler Tagblatt» zu der im Titel zitierten Aussage gebracht. Das harmonische Miteinander der Stimmen im bunt gemischten Chor bringt gegenüber den teils hitzigen Debatten «einen kleinen Moment der Einigkeit», der gut tut!

Als EVP-Fraktion tut es uns auch gut, wenn wir uns zwischendurch für ein Fraktionsessen aus dem turbulenten Ratsbetrieb zurückziehen und statt dem politischen Alltag den menschlichen und freundschaftlichen Umgang miteinander pflegen können (siehe Foto nebenan).

Ein Highlight der politischen Arbeit ist es immer dann, wenn wir mit den Schwerpunkten, die wir als EVP setzen, Erfolge feiern können:

Als Mitmotionärin konnte **Tabea Bossard-Jenni** die Regierung beauftragen, dass energetische Sanierungen künftig nur noch meldepflichtig sind und in der Regel baubewilligungsfrei ausgeführt werden können.

Katja Streiff setzte sich erfolgreich für Kinder mit Sprachentwicklungsstörungen ein. Sie sollen die nötige Unterstützung erhalten, damit ihre Bildungs- und Lebenschancen intakt sind und sie schulisch und sozial nicht den Anschluss verlieren.

Ganz unserer Ethik entsprechend, konnte unserer Fraktionspräsident **Hanspeter Steiner** eine Mehrheit der Ratsmitglieder für sein Anliegen gewinnen, genügend Therapieplätze im Strafvollzug für Menschen mit schweren psychischen Krankheiten zu schaffen.

Manchmal bleibt der erhoffte Erfolg aus, aber wir können einem wichtigen Anliegen Gehör verschaffen. So ging es **Philippe Messerli**. Bei Beschwerden gegen eine fürsorgerische Unterbringung geht es um grundlegende Freiheitsrechte besonders verletzlicher Menschen. Darum sollten solche Entscheide weiterhin von einem Dreiergremium und nicht von einem Einzelrichter gefällt werden.

Die EVP-Fraktion (ohne Tom Gerber) in einer Mittagspause der Sommersession.

Ebenso erging es **Melanie Beutler-Hohenberger**. Sie kritisierte scharf, dass im Spital Frutigen eine weitere Geburtsabteilung im Kanton Bern aus finanziellen Gründen geschlossen wurde. Dies ist ein für Familien und Babys schmerzlicher und kurzsichtiger Leistungsabbau in der Grundversorgung.

Melanie Beutler-Hohenberger
Grossrätin, Gwatt (Thun)

Danke vielmals, lieber Lukas!

Von 2006 bis 2025 hat sich Lukas Zimmermann bei der EVP Kanton Bern als Basisarbeiter und Projektleiter Gemeindewahlen engagiert. Hunderten von Menschen hat Lukas die EVP-Grundwerte und -Anliegen nähergebracht, viele fürs Kandidieren und Mittragen motiviert, unterstützt, beraten und wertgeschätzt.
Seine ansteckende Überzeugung, dass christliche Werte für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten können, hat ihn zu einem sehr glaubwürdigen EVP-Botschafter gemacht. Mit strategischem Gespür und Kenntnis der Wahlsysteme hat Lukas vielerorts und zigfach zum Wahlerfolg der EVP beigetragen und interessierten EVP-Leuten zu verantwortungsvollen Ämtern verholfen.

Lukas Zimmermann

Nun hat Lukas seine Anstellung bei der EVP leider beendet und eine neue Arbeit in einer kirchlichen Organisation übernommen.
Merci viu, viu Mau, liebä Lukas für dein wertvolles Wirken, alles Gute und vergäut's Gott!

EVP Kanton Bern

Werde EVP-Mitglied

Jezt anmelden und mitgestalten

www.evp-be.ch/mitmachen/mitglied-werden

ANZEIGE

Christliche Ostmission

ostmission.ch

Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

ZU BESUCH BEI

Raymond Beutler, Grosshöchstetten

Der 46-jährige Sekundarlehrer, Geograf und Ex-Gemeinderat Raymond Beutler will Gemeindepräsident von Grosshöchstetten werden. Im Interview erklärt er seine Motivation.

Raymond Beutler

Raymond Beutler ist verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von 15 bis 18 Jahren. Er arbeitet zur Zeit in der Abteilung Kantonsplanung des Amts für Gemeinden und Raumordnung. 2016 bis 2021 war er bereits Gemeinderat (Ressort Betriebe) und 2014 bis 2016 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von Grosshöchstetten.

Weshalb kandidierst du fürs Gemeindepräsidium von Grosshöchstetten?
Ich kandidiere, weil ich mich für die Bewahrung und Weiterentwicklung der Qualitäten unserer Gemeinde einsetzen möchte. Und weil ich überzeugt bin, dass angesichts der globalen Herausforderungen ein verantwortungsbewusstes Handeln vor Ort besonders wichtig ist.

Wofür möchtest du dich besonders einsetzen?
Für eine starke Schule und eine Politik, die umweltverträgliches Handeln belohnt. Zudem ist es mir wichtig, dass es in unserer Gemeinde Orte und Anlässe gibt, wo sich Menschen unterschiedlicher Couleur begegnen können.

Wie bist du zur Politik gekommen?
Das Engagement als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission hat mir die Möglichkeit gegeben, Einblick in die politischen Prozesse in unserem Dorf zu haben. Zudem half mir als damaligem Neuzuzüger die Kommissionsarbeit, mich im Dorf zu integrieren.

Was sind die grössten Herausforderungen der Gemeinde?
Es gibt einige grössere Infrastruktur- und Planungsprojekte, die anstehen oder in Umsetzung sind: Etwa der Bau einer neuen Sporthalle, die Ortsplanungsrevision, eine neue, regionale Lösung für unsere kommunale ARA usw. Daneben gibt es «schleichende», aber nicht weniger bedeutungsvolle Herausforderungen, die nicht nur ortsspezifisch sind, auf die wir als Gemeinde aber trotzdem reagieren müssen. Zu denken ist etwa an den immer grösser werdenden Anteil von älteren Menschen oder an die Auswirkungen der Digitalisierung auf das Leben in der Gemeinschaft.

Interview:
Susanne Gutbrod-Kunkler

EINE EVP-GEMEINDERÄTIN BERICHTET

Denise Arni, Herzogenbuchsee

Denise Arni ist verheiratet, Mutter von zwei erwachsenen Kindern, Schulleiterin und Gemeinderätin. Sie ist engagiert, übernimmt Verantwortung, sieht Neuerungen meistens positiv entgegen und lässt sich gerne durch Menschen ergänzen, die ihre Stärken dort haben, wo sie ihr fehlen. Gemeinsam etwas erarbeiten und zielgerichtet umsetzen motiviert sie.

Wie verstehst du dein Amt als Gemeinderätin von Herzogenbuchsee?
Die Projekte im Dorf brauchen mutige Entscheidungen, die gut beraten und wenn möglich mit der Bevölkerung getroffen werden. Dabei will ich nebst finanziellen auch kulturelle und gemeinschaftliche Aspekte berücksichtigen. Wie wichtig die Kultur für uns ist, hatte sich in der Pandemie gezeigt. Ich setze mich dafür ein, dass wir weise und verantwortungsvoll handeln.

Wofür schlägt dein Herz besonders?
Für die Kommunikation im Dorf. Ich möchte, dass der Gemeinderat einfach, verständlich, kreativ und informativ kommuniziert. Die Menschen sollen verstehen, was auf sie zukommt und was die Konsequenzen sind. Transparenz ist dabei genau so wichtig wie eine gute fundierte Prüfung von Fakten.

Was war deine grösste Enttäuschung im Amt?
Das mangelnde Interesse an Informationsveranstaltungen über laufende Projekte und hinterher der Vorwurf, wir hätten schlecht informiert. Das nervt mich.

Was sind die grössten Herausforderungen der Gemeinde?
Der erhöhte Schulraumbedarf stellt die Gemeinde vor grosse finanzielle Herausforderungen. Zusätzlich schwierig empfinde ich die finanziellen Abhängigkeiten, die wir im Gemeinderat kaum oder gar nicht beeinflussen können. Mit wenig Handlungsspielraum versuchen wir den unterschiedlichsten Bedürfnissen zu begegnen.

Fällt dir die Abgrenzung zwischen Politik, Beruf und Privatleben leicht?
Nein, das fällt mir nicht immer leicht. Wenn ich mich erholen möchte, dann gehe ich weg und verbringe irgendwo an einem See ein paar ruhige Tage. Da habe ich Zeit, meinem Schöpfer zu begegnen und mich wieder neu auszurichten.

Diskutierst du politische Themen mit deinem Ehemann?
Ja, denn er ist sehr breit interessiert und verfolgt das Weltgeschehen aufmerksam. Wir sind nicht immer gleicher Meinung, was ich wirklich schätze. Er hilft mir auch immer wieder, Dinge und Äusserungen nicht persönlich zu nehmen.

Denise Arni

Interview:
Susanne Gutbrod-Kunkler

Kernanliegen unserer Kantonalpartei

TOM **GERBER**
Grossrat · Reconvilier

TABEA **BOSSARD-JENNI**
Grossrätin · Oberburg

CHRISTINE **GROGG**
a. Grossrätin · Bützberg

HANSPETER **STEINER**
Grossrat · Vechigen

Mit Freude und Leidenschaft fürs Gemeinwohl

Die EVP-Gemeinderatsmitglieder Bruno Maurer (Sicherheit) aus Konolfingen, Michael Zürcher (Bildung) aus Thunstetten-Bützberg und Jürg Zurbrügg (Soziales) aus Oberdiessbach stellen sich im September zur Wiederwahl. Im Interview berichten sie über ihre Arbeit und ihre Visionen.

Von links: Bruno Maurer (Konolfingen), Michael Zürcher (Thunstetten-Bützberg) und Jürg Zurbrügg (Oberdiessbach).

Was gefällt dir an deiner Arbeit als Gemeinderat?

Bruno Maurer: Politik darf und sollte Freude machen. Mir macht Politik Spass! Ich diskutiere gerne und leidenschaftlich, bringe mich ein. Ich bin motiviert, die Entwicklung des Dorfes im Bereich des mir Möglichen und Machbaren mitzugestalten. Die vielen interessanten Erfahrungen, die Begegnungen mit spannenden Menschen, die Chance, meine Gemeinde lebenswerter zu machen, all das macht den besonderen Reiz von politischem Engagement aus.

Michael Zürcher: Als Gemeinderat hat man die Möglichkeit, direkte Entscheidungen zu treffen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Man kann Projekte initiieren, die das Gemeindewohl fördern und zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Man hat die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung der eigenen Gemeinde mitzuwirken, und dies fördert ein Gefühl der Mitverantwortung und des Engagements.

Jürg Zurbrügg: Die Tätigkeit im Gemeinderat bietet mir die Möglichkeit, kreative Ideen, vernetztes Denken und den sorgfältigen Umgang mit Ressourcen konkret im Dorf einzubringen. Obwohl das Amt eher unerwartet auf mich zukam, habe ich rasch erkannt, wie sehr mir diese Aufgaben im Ressort Soziales Freude bereiten.

Welche Visionen hast du für deine Gemeinde?

Bruno Maurer: Dass wir die nötigen Grossprojekte mutig anpacken und erfolgreich umsetzen können. Weiterhin will ich bewusst nach meinem Leitmotto politisieren: Gott, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann. Den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann. Und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

Michael Zürcher: Ich wünsche mir, dass unsere Gemeinde das Wachstum in den nächsten Jahren gut bewältigen kann und ein friedliches Miteinander gelebt wird. Möge unsere Gemeinde weiterhin ein Ort des Zusammenhalts und der Unterstützung sein, wo sich jede einzelne Person wohl und geschätzt fühlt.

Jürg Zurbrügg: Die offene Kinder- und Jugendarbeit in Oberdiessbach hat seit Kurzem einen eigenen Jugendraum. Wir arbeiten daran, dass sich die Kinder dort regelmässig treffen und gemeinsam Aktivitäten gestalten können. Für die älteren Jugendlichen sollte die Platzordnung rund ums neu renovierte Geissbühlerhaus so angepasst werden, dass sie ihren Raum im Dorf finden und am Abend nicht zu früh «vertrieben» werden. Zudem plane ich eine Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren, die den Informationsaustausch fördert und Unterstützung vermittelt.

Interview: Philippe Messerli

Kernanliegen der EVP Kanton Bern

REFERENDUM

Heiratsstrafe abschaffen – aber nicht so!

Das Parlament möchte die Heiratsstrafe abschaffen – und sie durch eine neue Familienstrafe ersetzen. Familien mit nur einem Einkommen und viele Mittelstandsfamilien müssten deutlich mehr Steuern bezahlen. Dagegen wehren wir uns: Die EVP hat zusammen mit der «Mitte», SVP und EDU das Referendum ergriffen.

Lilian Studer

Seit über vierzig Jahren kritisiert das Bundesgericht die steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare – die sogenannte Heiratsstrafe – als verfassungswidrig. Das ist nicht länger tragbar. Als Gegenvorschlag auf die Initiative der FDP Frauen hat das Parlament nun aber eine unfaire Lösung beschlossen: Ehepaare sollen nicht mehr als wirtschaftliche Einheit, sondern individuell besteuert werden. Die Folge: Ehepaare mit ungleichem Einkommen zahlen wegen der Progression mehr Steuern als heute. Familien, in denen ein Elternteil bewusst weniger oder gar nicht erwerbstätig ist, etwa zur Betreuung von Kindern oder Angehörigen, werden so bestraft. Das ist nicht fair.
Mittelstandsfamilien mit ungleichem oder nur einem Einkommen müssten Tausende Franken mehr Steuern zahlen. Auch für Singles würden die Steuern aufgrund eines höheren Satzes steigen. Hohe Steuergeschenke beschert die Reform jedoch Ehepaaren mit ähnlichem Einkommen und speziell bei hohen bis sehr hohen Einkünften.
Dazu kommt die Bürokratie: 1,7 Millionen Ehepaare müssten neu zwei Steuererklärungen einreichen. Ein enormer Zusatzaufwand für die Steuerverwaltungen.
Eine bessere Lösung liegt vor: Die bereits eingereichte «Fairness-Initiative» vergleicht gemeinsames und individuelles Modell – und verrechnet den günstigeren Tarif. Das entlastet gezielt – ohne neue Verlierer zu schaffen. Dafür braucht es aber das Referendum gegen den geplanten Steuer-Schwindel. Danke für Ihre Unterschrift auf dem beigelegten Bogen oder über über **steuer-schwindel-nein.ch.**

Lilian Studer
Parteipräsidentin EVP Schweiz

GROSSER RAT

Wieviel verdient denn ein Grossratsmitglied?

Hohe Bezüge von Politikerinnen und Politikern lösen immer wieder Diskussionen aus. Wie lukrativ ist eigentlich ein Mandat im Kantonsparlament?

Philippe Messerli

In den Medien war zu lesen, dass sich einige Nationalrätinnen und Nationalräte neben ihrer ordentlichen Entschädigung von rund 130 000 Franken zusätzlich lukrative Mandate in Wirtschaft und Verbänden in teilweise sechsstelliger Höhe zu sichern vermögen.
Ganz anders sieht es auf kantonaler Ebene für die Mitglieder des Grossen Rates aus. Nicht nur fällt deren Entschädigung für die Parlamentsarbeit bedeutend geringer aus als beim Bund, es bestehen auch kaum Aussichten auf einträgliche Nebenverdienste. Bei einem Grossratsmandat geht man von einem Arbeitsaufwand von rund 20 bis 30 % für die insgesamt acht Sessionswochen und die Tätigkeit in den Organen und Kommissionen des Rates aus. Für die Teilnahme an den Sitzungen (Ratsplenum, Kommissionen, Fraktion usw.) erhalten die Ratsmitglieder ein Sitzungsgeld von 230 Franken für die erste Sitzung und von 100 Franken für jede gleichentags anschliessende Sitzung. Für einen gewöhnlichen Sessionstag mit einer Morgen- und Nachmittagssitzung beläuft sich die Entschädigung damit auf 330 Franken.
Die Vorbereitungszeit ist nicht entschädigt, jedoch wird für die Tätigkeit in den Kommissionen eine Jahrespauschale von 3000 bis 4000 Franken entrichtet.
Dazu kommt eine Arbeitswegentschädigung von 70 Rappen pro Kilometer, eine Mahlzeitenentschädigung von 24 Franken sowie eine jährliche Infrastrukturpauschale von 5000 Franken. Letztere notabene, da der Kanton keinen Arbeitsplatz mit PC, Telefon und Büromaterial zur Verfügung stellt.
Gemäss Lohnausweis belief sich mein Grossratslohn (Sitzungsgelder inkl. Pauschale für Kommissionen) 2024 brutto auf 25 930 Franken. Für eine Tätigkeit von 20 bis 30 % ist dies sicher eine anständige Entlöhnung. Dabei gilt es aber zu bedenken, dass der Grossratslohn nicht in der beruflichen Vorsorge versichert ist und im Falle von Unfall und Krankheit auch keine Lohnausfallentschädigung ausbezahlt wird. Dies sind klare Nachteile gegenüber einer Festanstellung, umso mehr als viele Ratsmitglieder ihr berufliches Pensum wegen der Parlamentstätigkeit gekürzt haben. Zudem geben die EVP-Grossratsmitglieder 10 % ihrer Bezüge an die Partei ab. Wahlen kosten schliesslich viel Geld.
Fazit: Wer eine Karriere oder einen gut bezahlten Job anstrebt, der sollte sich nicht in den Grossen Rat wählen lassen. Dazu gibt es eindeutig lukrativere Möglichkeiten. Und das ist auch gut so. Damit ist besser gewährleistet, dass die Grossrätinnen und Grossräte ihr Amt nicht aufgrund finanzieller Verlockungen fernab jeder Lebensrealität ausüben, sondern vielmehr aus innerer Überzeugung und in enger Verbundenheit mit Bevölkerung und Berufswelt.

Philippe Messerli
Grossrat, Nidau

KURZ-INFOS

Aktive EVP

Familientage im Raum Biel
Die EVP/PEV-Sektionen der Region Biel, Nidau, Aegerten–Brügg–Studen führten im Juni am See in Sutz-Lattrigen einen Familientag für Jung und Alt durch – mit gemeinsamem Essen (kanadisches Buffet), Spielen, Plaudern, Lachen und Bademöglichkeit.
Die EVP Lengnau hielten ihren jährlichen Familientag am 10. August ab. Die Teilnehmenden brachten ihr Grillgut mit, konnten sich ansonsten am Buffet bedienen und den lockeren Austausch geniessen.

Grill- und Gartenfeste
Im August führten die EVP-Ortsparteien Kirchberg, Ostermundigen und Thun ein Gartenfest bzw. einen Grillplausch durch.

Neophyten jäten
Die EVP Region Büren und die EVP Meikirch organisierten für je einen Samstag im Juni ein Neophytenjäten und trugen so zur Bekämpfung invasiver Pflanzen bei. Zum Abschluss gab es ein Apéro.

Kita-Überangebot in Bern
Die EVP Stadt Bern sprach sich in ihrer Stellungnahme zur Revision des Betreuungsreglements für eine vertiefte Prüfung der städtischen Kitas aus. Die Partei kritisierte die Ungleichbehandlung der städtischen gegenüber den privaten Kitas und die Finanzierung der Defizite der städtischen Kitas mit Steuergeldern.
Mitte Juni bot die EVP-Ortspartei eine Führung durch die von der Heilsarmee betriebene Asylunterkunft Tiefenau an.

ANZEIGE

GEMEINDEWAHLEN 2025

Engagement im Gemeindeparlament

Im Herbst stehen in einigen Parlamentsgemeinden Erneuerungswahlen an. Die wiederkandidierenden EVP-Ratsmitglieder Katja Streiff (Köniz), Philipp Lutz (Lyss), André Röthlisberger (Langnau) und Eliane Geiser (Nidau) geben Einblick in ihr Engagement.

Katja Streiff

Philipp Lutz

André Röthlisberger

Eliane Geiser

Für welches Anliegen hast du dich im Parlament besonders eingesetzt?

Katja Streiff: Ich habe mich besonders für Bildung und das Leben im Alter engagiert – etwa für zusätzlichen Schulraum angesichts des Gemeindewachstums. Wegen meinem Vorstoss für ein Zeitvorsorgemodell wurde die Fachstelle Alter geschaffen und ein Pilotprojekt zur Koordination der Freiwilligenarbeit lanciert.

Philipp Lutz: Im letzten Jahr habe ich mich für den Kauf der Liegenschaft am Marktplatz 10 eingesetzt – ein zentral gelegenes Objekt im Herzen von Lyss. Damit schaffen wir die Grundlage, diesen Ort aktiv und im Sinne der Gemeinde zu nutzen – etwa für öffentliche Zwecke, Begegnungsräume oder die Verwaltung.

André Röthlisberger: Ich habe nicht das eine grosse Thema. Die Stärke unserer kleinen Fraktion liegt darin, sinnvolle Anliegen durch Gespräche und aktive Mitarbeit mitzugestalten und mehrheitsfähig zu machen. Besonders bei Nachhaltigkeitsbestreben, beim Schulmodell und bei der Sanierung der Badi setze ich mich gerne ein.

Eliane Geiser: Ich habe mich für eine Strassenumgestaltung stark gemacht, die von den Anwohnenden seit Jahren gewünscht wird, die das Quartier aufwertet und auch einen ökologischen Mehrwert bringt. Unabhängig vom politischen Thema setze ich mich ein für Dialog und ein konstruktives Miteinander.

Welche Probleme müssen in deiner Gemeinde angegangen werden?

Katja Streiff: Köniz wächst – das ist erfreulich, bringt aber Herausforderungen. Wir brauchen eine Schuldenbremse, um künftige Generationen nicht zu belasten. Viele Schulhäuser sind in schlechtem Zustand. Es bedarf endlich einer langfristigen, strategischen Sanierungsplanung statt Flickwerk.

Philipp Lutz: Die Sicherheit unserer Schulwege beschäftigt mich besonders. An stark befahrenen Strassen kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Es braucht dringend konkrete Massnahmen zum Schutz der Kinder.

André Röthlisberger: Wir müssen Sorge tragen, dass Langnau als Wohn- und Arbeitsort attraktiv bleibt. Gerade bei der anstehenden Erneuerung von Hallen- und Freibad müssen wir als Zentrumsgemeinde auch schauen, wie wir Partner für grössere Vorhaben finden können, um nicht die ganze finanzielle Last allein zu tragen.

Eliane Geiser: Es kommen viele grosse und wichtige Investitionen auf Nidau zu (Schulhäuser, Strandbad, Strassen) und gleichzeitig schwindet unser Eigenkapital. Das Finanzthema birgt ein grosses Konfliktpotenzial. Es gilt, gute Kompromisse für ein finanzielles und auch zwischenmenschliches Gleichgewicht zu erarbeiten.

Interview: Philippe Messerli

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 9324, 3001 Bern, info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktion: Christof Erne, Myrtenweg 27, 3018 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen:
Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 9324, 3001 Bern, oder via www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Aktuell > Zeitung «Berner EVP»

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.–, Freunde / Gönner/innen: Fr. 3.–;
IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55, info@atelierpassage.ch

AUS DEM NATIONALRAT

Nein zum Kahlschlag bei der SRG

Die Sommersession 2025 war geprägt von hitzigen Debatten, doch eine stach besonders hervor: die Abstimmung über die sogenannte SRG-Initiative.

Marc Jost

Im Nationalrat war es mir ein Anliegen, mich klar gegen diesen Frontalangriff auf unsere Medienlandschaft zu positionieren. Die Initiative, die fast eine Halbierung der Gebühren und eine Befreiung grösserer Unternehmen vorsieht, mag auf den ersten Blick als Entlastung erscheinen. Doch in Wirklichkeit ist sie ein Kahlschlag. Die vorgeschlagenen Kürzungen würden die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) in ihrer Existenz bedrohen und damit ein wesentliches Fundament unserer direkten Demokratie und unserer Vielsprachigkeit gefährden. Diese Initiative sägt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. In einer Zeit, in der Fake News, Propaganda und Algorithmen allgegenwärtig sind, ist eine starke, unabhängige und faktengestützte SRG kein Luxus, sondern eine Lebensversicherung für unsere Demokratie. Die SRG ist das Bollwerk, das uns zusammenhält und uns als Land unsere eigenen Geschichten erzählen lässt. Ohne sie droht eine mediale Stille im Tessin und in der Romandie, die dazu führen würde, dass sich diese Landesteile ausländischen Sendern zuwenden müssten. Ich bin überzeugt, dass die SRG für eine starke Demokratie, eine lebendige Kultur und eine viersprachige Schweiz unerlässlich ist. Wer die Mittel halbiert, macht die SRG kaputt. Ich hoffe, dass auch der Ständerat und schliesslich das Stimmvolk diese Initiative ablehnen werden.

Marc Jost, Nationalrat

AUGENBLICK

Christliche Finanzethik

Geld spielt für viele eine zentrale Rolle – es schafft Sicherheit, eröffnet Möglichkeiten und hilft, persönliche Ziele zu erreichen. In einer stark vom Konsum geprägten Gesellschaft stellt sich jedoch die Frage, wie ein verantwortungsvoller Umgang mit Finanzen aussehen kann.

Aus christlicher Sicht wird Geld nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Mittel, das unsere Werte widerspiegelt. Nach der Bibel zeigt der Umgang mit Geld, was einem wirklich wichtig ist. Sie fordert auf, nicht nur an sich zu denken, sondern grosszügig zu sein und andere zu unterstützen. Der christliche Glaube legt Wert auf Gerechtigkeit, Fürsorge und ethisches Handeln – auch im finanziellen Bereich. Das kann bedeuten, ethisch und verantwortungsvoll zu investieren

Mischa Grossen

– etwa nach den sogenannten ESG-Kriterien Umweltverträglichkeit (Environmental), soziale Verantwortung (Social) und gute Unternehmensführung (Governance) –, Schulden zu vermeiden und für die Zukunft vorzusorgen. Wenn die Bibel vor Schulden warnt, sind damit vor allem kurzfristige, oft existenzbedrohende Schulden mit hohen Zinsen gemeint, wie sie in biblischer Zeit üblich waren. Eine realistisch geplante Hypothek bei einer Bank – etwa für den Hauskauf – kann hingegen Teil einer verantwortungsvollen Lebensplanung sein. Unabhängig von der eigenen Weltanschauung kann es sinnvoll sein, regelmässig zu hinterfragen, welche Rolle Geld im eigenen Leben spielt und welche Werte damit verbunden sind. So kann Geld zu einem Werkzeug werden, um Positives zu bewirken und das Miteinander zu stärken.

Mischa Luca Grossen
Bankkaufmann, Gemeinderatskandidat, Frutigen

PEV bernois

3 / 2025 Septembre
www.evp-be.ch, info@evp-be.ch

Informations du Parti évangélique du canton de Berne

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 28 SEPTEMBRE 2025

Oui à l'e-ID et au changement fiscal

Le PEV dit oui à la loi sur l'e-ID et à l'abandon de la valeur locative (impôt cantonal sur les résidences secondaires).

Avec l'introduction d'une e-ID étatique, la Suisse se dote enfin d'une identité numérique sécurisée et digne de confiance. Le Parlement a pris au sérieux le refus du peuple, en 2021, d'une solution confiée à des prestataires privés. Il propose aujourd'hui une e-ID solide et convaincante. Désormais, c'est la Confédération qui assume cette responsabilité – un gage de confiance et de protection des données selon les standards les plus stricts. La nouvelle e-ID offre un socle sécurisé pour une démocratie tournée vers l'avenir en permettant la collecte électronique de signatures et le vote en ligne (e-voting). Cette nouvelle loi pose les bases d'une administration numérique moderne,

renforce notre démocratie et améliore la protection contre la cybercriminalité.

En Suisse, les propriétaires qui vivent dans leur propre logement doivent payer des impôts sur un revenu qu'ils ne perçoivent pas : le revenu locatif fictif, appelé aussi valeur locative. Il est grand temps de mettre fin à cette fiscalité incohérente. La suppression de cette taxe sera compensée par la fin des déductions fiscales pour les intérêts hypothécaires ainsi que pour les frais d'entretien et les rénovations. Ce changement fiscal termine la pénalisation du remboursement des hypothèques et contribue à diminuer la dette privée des ménages. Les cantons pourront introduire un impôt sur les résidences secondaires pour compenser les pertes fiscales – une solution ciblée pour les régions concernées.
Toutes ces modifications permettent un changement de système équitable – y compris pour les locataires.

PEV CH

PEV DU CANTON DE BERNE

Quelques priorités de notre parti cantonal

TOM **GERBER**
député · Reconvilier

BARBARA **STOTZER-WYSS**
députée · Büren an der Aare

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

«Un bref moment d'unité»

La session d'été du parlement cantonal est toujours un moment particulier, avec l'élection des nouvelles présidences au gouvernement et au parlement.

Le chœur du Grand Conseil était lui aussi de la partie pour célébrer l'élection de la nouvelle « première citoyenne bernoise » Edith Siegenthaler (PS). Cela fait quelques années que ce chœur chante pour des occasions spéciales. Lors d'une interview parue dans le « Bieler Tagblatt », **Barbara Stotzer-Wyss**, présidente de notre parti, a défini cette harmonie de voix dans un chœur éclectique comme « un bref moment d'unité », qui est le bienvenu face à des débats parfois houleux.
Réussir à célébrer la concrétisation des axes prioritaires que le PEV du canton de Berne a fixé constitue toujours l'un des temps forts du travail politique :

En tant que co-motionnaire, **Tabea Bossard-Jenni** a pu mandater le gouvernement pour que les futures rénovations énergétiques ne soient désormais plus soumises qu'à une déclaration obligatoire et puissent être généralement effectuées sans permis de construire.
Katja Streiff s'est engagée avec succès en faveur des enfants présentant des troubles du langage. Ils vont obtenir l'aide nécessaire afin de ne pas être pénalisés dans leur formation et leur vie future et de ne pas décrocher sur le plan scolaire et social.
Conformément à nos principes éthiques, le président de notre groupe parlementaire **Hanspeter Steiner** a pu réunir une majorité de membres du Grand Conseil pour soutenir sa demande de créer suffisamment de places en thérapie dans les prisons pour les personnes souffrant de maladies psychiques graves.
Parfois, le succès attendu n'est pas au rendez-vous, mais nous parvenons à faire entendre notre voix sur des sujets importants. Cela a été le cas pour **Philippe Messerli**. Une décision de placement à des fins d'assistance touche aux libertés fondamentales des personnes particulièrement vulnérables. Voilà pourquoi les recours sur de telles décisions devraient être traités par une instance tripartite et non par un juge unique.
Cela a aussi été le cas pour

Melanie Beutler-Hohenberger

Melanie Beutler-Hohenberger. Elle a vivement critiqué la fermeture d'une nouvelle maternité dans le canton de Berne, celle de l'hôpital de Frutigen, pour des raisons financières. Pour les familles et les nouveaunés, il s'agit d'une diminution des prestations concernant les soins de base qui est douloureuse et qui manque de perspective.

Melanie Beutler-Hohenberger
députée, Gwatt (Thoune)

VOTATIONS CANTONALES DU 28 SEPTEMBRE 2025

Pour des loyers équitables et transparents

Le 28 septembre 2025, les électrices et électeurs du canton de Berne se prononceront concernant l'initiative cantonale sur les loyers. Celle-ci demande d'instaurer la transparence des loyers précédents, un moyen efficace de détecter les hausses injustifiées. En d'autres termes, se loger ne doit pas être un luxe.

Au cours de ces vingt dernières années, les loyers ont augmenté de près de 30 % dans le canton de Berne, alors qu'ils auraient dû baisser selon le droit du bail en vigueur. En parallèle, on constate une diminution des logements vacants. Les logements abordables se font de plus en plus rares.
La Confédération donne expressément aux cantons la possibilité d'améliorer la transparence des baux d'habitation. L'initiative sur les loyers souhaite profiter de cette opportunité et demande que le loyer précédent soit communiqué lors du changement de locataires.
Indiquer les loyers précédents en toute transparence permet de rendre les hausses de loyer injustifiées plus faciles à détecter et à corriger si nécessaire. Cette initiative non seulement protège les locataires, mais elle a aussi une action dissuasive: en rendant les augmentations de loyer visibles au premier coup d'œil et en obligeant à les justifier, on pourrait réduire les hausses abusives.
Cette transparence sera garantie par un simple formulaire. Il sera ainsi possible de prouver des majorations de loyer justifiées lorsqu'elles sont imputables, par exemple, à la rénovation du logement ou à la forte évolution des prix des loyers dans le quartier concerné. La transparence est possible à peu de frais.
L'instauration de cette initiative ne répondra pas à tous les défis liés à la hausse des loyers. Mais cet instrument simple est un bon début.

Barbara Stotzer-Wyss

Neuf cantons ont déjà obtenu des résultats positifs en instaurant des règles sur la transparence des loyers précédents.
Il est temps que le canton de Berne propose des baux de location équitables et transparents.

Barbara Stotzer-Wyss
députée, Büren a. A.

VOTATIONS DU 28 SEPT. 2025

Infos: www.evp-be.ch und www.evppev.ch/abstimmungen

Initiative sur les loyers	OUI
Abandon de la valeur locative	OUI
Loi sur l'e-ID	OUI